

# Die Demokratie soll digital werden

Demokratie-Aktivistinnen machen Druck, dass sich die Schweizer «Briefkasten-Demokratie» modernisiert. Zu ihnen gehört auch der Schaffhauser Claudio Kuster. Nun wollen sie eine Initiative lancieren.

Othmar von Matt

Es ist verboten, Unterschriften für Initiativen und Referenden zu sammeln. Verboten sind auch Demonstrationen wie am Wochenende in Basel, Zürich und Bern. Die Gemeinden beglaubigen keine Unterschriften, der Parlamentsbetrieb wurde vorübergehend eingestellt, Abstimmungen verschoben.

Als der Bundesrat am 16. März Notrecht erklärte, legte er auch die politischen Rechte still. Ende Mai werden die drastischen Massnahmen gelockert. Die direkte Demokratie wird dann 76 Tage ausser Gefecht gewesen sein.

Daran wird nun Kritik laut. «Die Corona-Krise deckte zwei grosse Versäumnisse der Schweiz auf», sagt Daniel Graf, Begründer der Online-Plattform Wecollect. «Erstens hatte sie nicht genügend Schutzmasken auf Lager. Und zweitens verschlief sie die Digitalisierung der Demokratie.»

Auch für Politologin Cloé Jans von GfS Bern zeigte der Reality Check der Corona-Krise: «Die Schweiz muss jetzt wirklich vorwärtskommen mit der Digitalisierung der Demokratie.» Die Politik der kleinen Schritte der Behörden genüge nicht mehr: «Die Digitalisierung verändert sich exponentiell. Hier entsteht ein Handlungsraum.»

## Artikel in der Bundesverfassung

Ein GAU wie mit der Coronakrise soll sich nicht wiederholen. Deshalb fordern Daniel Graf und der Schaffhauser Claudio Kuster einen Demokratie-Artikel in der Bundesverfassung. Graf gilt als wichtigster Verfechter einer digitalen Demokratie. Kuster managte hinter den Kulissen die Abzocker-Initiative von Ständerat Thomas Minder. Beide lancierten verschiedene nationale und lokale Volksinitiativen und Referenden. Graf und Kuster wollen Artikel 5 der Bundesverfassung (Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns) mit Artikel 5b (Förderung der Demokratie) ergänzen. Darin soll es künftig heissen: «Bund und Kantone fördern die Demokratie und entwickeln sie weiter.»

Was bedeutet «fördern»? Es geht vor allem um die politische Bildung junger Menschen in den Schulen. Zwar gibt es in der Verfassung den Artikel 54 Absatz 2, der den



## «Die Pflege der Demokratie ist auch im Inland nötig.»

**Claudio Kuster**  
Schaffhauser Unterstützer der Digitalisierung der Demokratie sowie persönlicher Mitarbeiter von Ständerat Minder

Bund zur «Förderung der Demokratie» verpflichtet. Er betrifft allerdings nur die Förderung im Ausland. Kuster: «Die Pflege der Demokratie ist aber auch im Inland nötig.»

Und was bedeutet «weiterentwickeln»? Darunter verstehen die Aktivistinnen eine Digitalisierung der Demokratie. «Sie ermöglicht, die politischen Prozesse transparenter zu gestalten und die Hürden für die Partizipation zu senken», sagt Kuster. «Mit diesem Artikel wollen wir dafür sorgen, dass die Versäumnisse nachgeholt werden.»

## Elektronische Unterschriften

Graf und Kuster denken etwa an die Digitalisierung der Parlamente, die elektronische Unterschriftensammlung (E-Collecting) und an neue Mitwirkungsformen etwa bei Vernehmlassungen. «Der Bundesrat hat nun zwei Jahrzehnte lang einzig und alleine E-Voting vorangetrieben und alle anderen Ideen und Projekte auf die lange Bank geschoben», sagt Graf. «Deshalb stehen wir heute – mit der wachsenden Kritik an E-Voting – vor einem demokratiepolitischen Scherbenhaufen.»

Noch immer sei die Schweiz eine Briefkasten-Demokratie aus dem Zeitalter der Postkutschen im 19. Jahrhundert. «Ohne Papier, Stift und Briefmarke geht nichts», sagt Graf. Vor allem jüngere Leute nutzen aber heute die digitalen Kanäle, um sich zu informieren und sich politisch zu beteiligen. Die Schere zwischen digitalem Alltag und analogen Demokratieprozessen müsse «möglichst bald geschlossen» werden.

## Eine Initiative lancieren

Graf und Kuster wollen deshalb eine Initiative lancieren für den Demokratie-Artikel. Noch ist unklar, ob auf nationaler Ebene oder in einem ersten Schritt in Kantonen wie Zürich, Basel-Stadt und Genf. Über kantonale Initiativen werde sehr viel schneller abgestimmt, sagt Kuster. Das gebe viel Schub für eine nationale Initiative.

Die Corona-Krise führt, unabhängig von diesen Bestrebungen, zu einem Digitalisierungsschub der Demokratie. Noch in der Frühlingssession hatte das Parlament seinen Betrieb abgebrochen. Inzwischen tagen die Kommissionen neuerdings sogar per Videokonferenz.

In einem künftigen Krisenfall könnte der gesamte Parlamentsbetrieb per Videokonferenz geführt werden. Professor Felix Uhlmann von der Uni Zürich kam in einem Gutachten zum Schluss: Das ist möglich, wenn die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Bundesverfassung verlangt, dass Parlamentarier präsent sind.

Ein Digitalisierungsschub ist auch bei den Parteien spürbar. Am 7. April führten SVP und CVP erstmals Medienkonferenzen per Zoom-Videokonferenzen durch. Die GLP will einen Schritt weiter gehen. Präsident Grossen möchte noch vor den Sommerferien erstmals in der Schweiz eine Delegiertenversammlung digital durchführen. Dafür will er vom Vorstand einen Prüfauftrag.

Eine digitale DV biete «sehr grosse Herausforderungen», sagt er. Zugangskontrolle und Abstimmungsprozedere für etwa 180 Delegierte müssten gewährleistet sein. Das leiste bisher kein Tool für Videokonferenzen. «Wir müssen mit Profis Lösungen suchen.»

## E-Collecting gegen die Blockade

Der Zufall will es, dass der Kanton Basel-Stadt vor der Krise – vom 3. Februar bis 2. März – eine repräsentative Umfrage mit 1000 Teilnehmern machte zur digitalen Mitbestimmung. Dabei zeigte sich: Die Basler befürworten E-Voting mit 56 Prozent, E-Collecting mit 59 Prozent. Eine Mehrheit (53 Prozent) findet sogar, Basel solle Vorreiter sein bei der digitalen Mitbestimmung.

E-Voting ist auf nationaler Ebene blockiert. Deshalb erwägt Basel-Stadt, E-Collecting vorzuziehen. «Wir sind zwar weiter mit E-Voting», sagt Regierungssprecher Marco Greiner. «Doch man muss das Vertrauen der Leute zusätzlich stärken. Deshalb stellen wir uns die Frage, ob wir nicht parallel den Prozess starten, um E-Collecting zeitnah aufzugleisen.»

## «Ein wichtiges Thema»

Was sagt die Bundeskanzlei als Hüterin der politischen Rechte zu den Vorwürfen, die Schweiz habe die Digitalisierung verschlafen? Sie sieht das nicht so. «Die Digitalisierung der Demokratie ist in der Schweiz auf allen Staatsebenen seit vielen Jahren ein wichtiges Thema», sagt Sprecher Urs Bruderer.



## «Wir stehen heute – mit der wachsenden Kritik am E-Voting – vor einem demokratiepolitischen Scherbenhaufen.»

**Daniel Graf**  
Gründer Wecollect



Mit dem Projekt «Vote électronique» werde seit 15 Jahren das Ziel verfolgt, die Ausübung der politischen Rechte ins digitale Zeitalter zu überführen. Über 300 E-Voting-Versuche in 15 Kantonen wurden durchgeführt. «Im Moment ist E-Voting in der Schweiz nicht möglich, da kein E-Vo-

## Zehn Vorschläge für eine digitalere Demokratie

Othmar von Matt

### 1. E-Voting: Sicherheit zentral

Das digitale Abstimmen gilt als Mass aller Dinge für eine digitale Demokratie. Seit 15 Jahren versucht die Bundeskanzlei mit dem Projekt «Vote électronique», die Ausübung der politischen Rechte ins digitale Zeitalter zu überführen. Dafür gab es über 300 erfolgreiche Versuche in 15 Kantonen. Der Versuchsbetrieb musste aber gestoppt werden, da das System der Post, das vollständige Verifizierbarkeit garantieren sollte, gravierende Mängel aufwies. Parallel dazu sammeln Kritiker Unterschriften für eine Volksinitiative, die ein Moratorium will. Die Bundeskanzlei konzipiert mit den Kantonen eine Neuausrichtung des Versuchsbetriebs. Daniel Graf sagt: «Das Projekt ist ein Scherbenhaufen. Aktuell gibt es keine Systeme, die den höchsten Sicherheitsanforderungen und der Nachvollziehbarkeit genügen.»

### 2. E-Collecting: Vorziehen

Das elektronische Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden (E-Collecting) hat in einer repräsentativen Umfrage des Kantons Basel-Stadt eine hohe Zustimmung bekommen (59 Prozent). Der Bundesrat hatte sich 2017 aufgrund der beschränkten Ressourcen entschieden, E-Voting dem E-Collecting vorzuziehen. «Doch E-Collecting bleibt Bestandteil der Strategie des Bundesrats», sagt Urs Bruderer, Sprecher der Bundeskanzlei. Mit der Gründung von Wecollect 2015 hat Graf eine Onlineplattform geschaffen, die das elektronische Sammeln von Unterschriften stark erleichtert. Bisher wurden mit Wecollect über 375000 Unterschriften für 28 Volksinitiativen und Referenden gesammelt. «Die Auswirkungen auf das politische System der Schweiz sind schwer abzuschätzen», sagt Urs Bruderer, Sprecher der Bundeskanzlei.

### 3. E-ID: Wichtige Grundlage

Eine elektronische Identität (E-ID) ist Pass und Unterschrift auf digitaler Basis in einem. Vorgesehen ist, dass private Anbieter die E-ID herausgeben. Der Staat prüft und bestätigt amtlich die Existenz einer Person. Das Gesetz ist heftig umstritten. Die Gegner – Graf ist federführend – wollen mit einem Referendum verhindern, dass private Firmen den «digitalen Schweizer Pass» herausgeben. Sobald es eine elektronische Identität (E-ID) gebe, könnten sich auch für E-Collecting neue Möglichkeiten erschliessen, heisst es bei der Bundeskanzlei. Wohl im November wird über die E-ID abgestimmt.

### 4. Bürgernahes Informationsportal

Das Abstimmungsbüchlein ist mit 5,4 Millionen Exemplaren die auflagestärkste Publikation in der Schweiz. Daniel Graf schlägt vor, es in ein bürgernahes Informationsportal umzuwandeln, das auch Debatten ermög-

licht. Die Bürger hätten so die Möglichkeit, Sachfragen zu Abstimmungen an die Bundeskanzlei und akkreditierte Organisationen zu deponieren. Die Bundeskanzlei verbreitet ihre Erläuterungen und Resultate zu Abstimmungen inzwischen auch über die App Voteinfo. Diese wurde bereits 350000-mal heruntergeladen. Ein Debatteportal, wie es Graf vorsieht, entspreche aber nicht dem gesetzlichen Auftrag, den sie habe, heisst es bei der Bundeskanzlei.

### 5. Digitalisierung des Parlaments

Zaghafte hat das Parlament nach seinem Lockdown in der Coronakrise die Digitalisierung begonnen. Kommissionen können inzwischen in Videokonferenzen tagen. Ein Rechtsgutachten von Professor Felix Uhlmann der Uni Zürich zeigt: Das Parlament selbst könnte in einer Krise ebenfalls in Videokonferenzen tagen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen geschaf-

fen würden. Die Bundesverfassung verlangt Präsenz.

### 6. Crowd-Lobbying im Parlament

Lobbying soll digital und damit niederschwelliger werden, findet Graf. Deshalb entwickelt er eine neue Plattform für Crowd-Lobbying. Über diese sollen Bürger in spontan formierten Netzwerken Druck auf das Parlament aufbauen können. Graf möchte deshalb auch die Geschäfte der Kommissionen stärker der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

### 7. Vernehmlassungen öffnen

Vernehmlassungen sind ein wesentlicher Bestandteil des Gesetzgebungsprozesses in der Schweiz. Vielen Bürgern sind sie weitgehend unbekannt, obwohl sich gemäss Bundesgesetz «jede Person und jede Organisation» daran beteiligen kann. Eingeladen werden aber nur Kantone, Städte, Parteien, Verbänden und Lobbyorganisa-





Verschläft die Schweiz die Digitalisierung der Demokratie?

BILD KE

ting-System zur Verfügung steht», sagt Bruderer. Die Bundeskanzlei konzipiere eine Neuausrichtung des Versuchsbetriebs mit Systemen der neusten Generation.

Auch E-Collecting gehöre zu «Vote électronique» und bleibe Bestandteil

der Strategie des Bundesrats. Da die Auswirkungen von E-Collecting auf das politische System schwer abschätzbar seien, sei ein schrittweises Vorgehen angebracht. «Mit der Einführung einer E-ID können sich für E-Collecting neue Möglichkeiten erschliessen.»

tionen. Daniel Graf schwebt vor, das Verfahren mit der Schaffung einer digitalen Plattform zu einem kollaborativen Prozess auszuweiten. Die Bundeskanzlei geht aber davon aus, dass mit einer Digitalisierung heute noch «keine genügend grossen Effizienzgewinne» absehbar seien. Schon heute wäre es aber denkbar, breitere digitale Konsultationen per Umfragetools durchzuführen.

**8. Volksmotion als neues Werkzeug**

Wollen Bürger die nationale politische Agenda beeinflussen, können sie das nur über die Initiative tun. Petitionen sind ein schwaches Instrument. Sie spielen im politischen Alltag keine Rolle und sind nicht an den parlamentarischen Prozess gebunden. Im Buch schlägt Graf die Schaffung einer eidgenössischen Volksmotion vor. Ständerat Thomas Minder hatte sie 2012 eingebracht. Sein Vorschlag: Es müssten 15000 bis 25000 Unterschriften dafür

gesammelt werden. Diverse Kantone kennen Volksmotionen: Freiburg, Neuenburg, Obwalden, Schaffhausen und Solothurn (Volksauftrag).

**9. Wahlrecht für 16-Jährige**

Das Stimm- und Wahlrecht sollte auf 16-Jährige ausgeweitet werden, findet Daniel Graf. Breite Partizipation sei zentral. Heute kennt ein einziger Kanton das Stimmrechtsalter 16: Der Kanton Glarus führte es 2007 ein. Eine parlamentarische Initiative von Nationalrätin Sibel Arslan fordert schweizweit Stimmrechtsalter 16.

**10. Wahlrecht für Ausländer**

In seinem Buch schlägt Graf – ebenfalls im Sinne der Partizipation – vor, das Stimm- und Wahlrecht vorerst kommunal und kantonal auch auf Personen ohne Schweizer Pass auszuweiten. Die Kantone Jura und Neuenburg haben das Ausländerstimmrecht bereits weitgehend eingeführt. ■

# Internationale Kritik an Chinas Umgang mit der Pandemie

Die fünf grossen Geheimdienste zeigen, wie viel Aufwand China zur Vertuschung betrieb.

SYDNEY/WASHINGTON. In der Coronakrise nimmt internationale Kritik an Chinas Umgang mit der Pandemie zu. In einem westlichen Geheimdienstpapier wird Peking scharf für den Umgang mit der Epidemie gerügt. Das Dossier der «Five Eyes» genannten Geheimdienstallianz der USA, Grossbritanniens, Australiens, Kanadas und Neuseelands fasst die Vorwürfe und Verdächtigungen zusammen, wie die australische Zeitung «Saturday Telegraph» am Wochenende berichtete. Demnach dokumentiert das Dossier die Vertuschung chinesischer Behörden und weist auf riskante Forschungsarbeiten in einem Labor in der chinesischen Stadt Wuhan hin, wo das neue Coronavirus im Dezember erstmals aufgetaucht war.

Das 15-seitige Dokument der «Five Eyes» demonstriert die Stossrichtung der laufenden Ermittlungen der Nachrichtendienste. Es erwähnt nach Angaben der Zeitung aber auch ihre Differenzen bezüglich des Verdachts, dass das Virus wirklich aus dem Institut für Virologie in Wuhan stammen könnte.

US-Präsident Donald Trump hatte die Spekulationen darüber angefacht. Nach eigenen Angaben hat Trump Hinweise darauf, dass die Pandemie ihren Ursprung in jenem Forschungslabor in Wuhan genommen haben könnte. Auch Aussenminister Mike Pompeo sagte gestern dem US-Sender ABC, es gebe «signifikante» Belege, dass die Krise in jenem Labor ihren Anfang genommen habe. Auf Nachfrage sagte er, er dürfe sich zu Details nicht äussern. Pompeo beschuldigte China aber, bereits in der Vergangenheit Labore ohne die notwendigen Standards betrieben zu haben. Es sei nicht das erste Mal, dass die Welt wegen eines Fehlers in einem chinesischen Labor einem Virus ausgesetzt sei.

**Laborleiter bestreitet Vorwürfe**

Der Leiter des Labors in Wuhan, Yuan Zhiming, hatte Vorwürfe, das Coronavirus sei dort freigesetzt worden, bereits vor längerer Zeit zurückgewiesen. Wissenschaftler halten es für viel wahrscheinlicher, dass Sars-CoV-2 von Fledermäusen über ein anderes Tier und durch den Wildtierhandel auf den Menschen übertragen wurde. China hatte deswegen im März den Handel mit wilden Tieren verboten. Wissenschaftler haben auch nachgewiesen, dass das Virus nicht künstlich erzeugt worden ist, sondern natürlichen Ursprungs ist, wie vergangene Woche auch die US-Geheimdienste bestätigten. In dem Geheimdienstpapier der «Five Eyes» wird auf gefährliche Forschungsarbeiten in dem Labor mit Viren



Aussenminister Mike Pompeo stützte gestern die Aussagen von Präsident Trump, wonach die Pandemie ihren Ursprung in einem Forschungslabor in Wuhan genommen habe.

ARCHIVBILD KEY

von Fledermäusen verwiesen, die allerdings auch in Zusammenarbeit mit US- und australischen Wissenschaftlern erfolgt waren.

**Warnungen unterdrückt**

Das Papier bildet laut «Saturday Telegraph» die Grundlage für die Vorwürfe, denen die Geheimdienste nachgehen. Es hält fest, wie Chinas Behörden frühzeitige Warnungen von Medizinern unterdrückten, das wahre Ausmass des Ausbruchs heruntergespielt und Informationen zensierten, was auch in Medienberichten bereits mehrfach dargestellt wurde. Die Vertuschung wird in dem Dossier als «Anschlag auf die internationale Transparenz» beschrieben.

Besonders beklagt wird, dass China noch bis zum 20. Januar bestritten hatte, dass sich das Virus von Mensch zu Mensch übertrage. Dafür habe es schon seit Anfang Dezember Hinweise gegeben, heisst es in dem Papier. Auch wird China darin vorgeworfen, Virusproben vernichtet zu haben und Veröffentlichungen von Wissenschaftlern über das Virus streng zu kontrollieren. Chinas Behörden hätten sich ausserdem geweigert, Lebendproben internationalen Forschern zur Verfügung zu stellen.

Auch Pompeo warf der chinesischen Führung vor, sie habe versucht, zu vertuschen und zu verwirren, und so grossen Schaden angerichtet. Auf die Frage nach möglichen Konsequenzen für Peking sagte er: «Wir werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.» Inzwischen hätten auch andere Staaten eingesehen, dass China die Krise verursacht habe. (dpa)

**Corona-Nachrichten**

**EU-Geberkonferenz für Impfstoffentwicklung**

BRÜSSEL. Schnellstmöglich ein Corona-Impfstoff für alle: In einem weltweiten Kraftakt sollen heute 7,5 Milliarden Euro für die Entwicklung von Mitteln gegen das Virus gesammelt werden, die dann alle Länder zu fairen Preisen bekommen sollen. Kanzlerin Angela Merkel sagte einen «deutlichen finanziellen Beitrag» zu. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen hatte im April eine Online-Geberkonferenz für den 4. Mai einberufen, bei der Staats- und Regierungschefs und Organisationen aus aller Welt Spenden zusagen können.

**In der Bronx hat jeder Vierte Antikörper**

NEW YORK. In Teilen der Millionenmetropole New York könnte bereits mehr als jeder vierte Mensch mit dem neuen Coronavirus infiziert ge-

wesen sein. Das geht aus neuen vorläufigen Zahlen einer ersten Antikörper-Studie hervor, die der Gouverneur des Bundesstaats, Andrew Cuomo, am Samstag vorgestellt hat. Demnach seien im besonders heftig betroffenen und eher ärmeren Stadtteil Bronx bei zufälligen Stichproben bei 27,6 Prozent der Getesteten Antikörper festgestellt worden.

**Lockerungen für 60 Millionen Italiener**

ROM. Ab heute dürfen rund 60 Millionen Menschen erstmals wieder zum Sport oder Spaziergang nach draussen. Industrie und Bauwirtschaft fahren ihre Produktion wieder hoch. Allerdings dürfen die meisten Geschäfte immer noch nicht öffnen. Restaurants und Bars dürfen nur einen Liefer- oder Take-Away-Service anbieten und bleiben bis Juni für Besuche geschlossen. Die Quarantäne galt seit 10. März.

**Frankreich verlängert Ausnahmezustand**

PARIS. Frankreich den Ausnahmezustand im Gesundheitsbereich um zwei Monate bis zum 24. Juli verlängern. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll diese Woche im Parlament debattiert werden. Ab dem 11. Mai gilt darüber hinaus in Frankreichs ÖV Maskenpflicht.

*So schützen wir uns!*

- **Zu Hause bleiben** – vor allem, wenn Sie über 65 sind.
- **Zwei Meter Abstand** zu anderen Personen, auch in Warteschlangen.
- **Hände gründlich waschen**, in den Ellenbogen husten oder niesen und keine Hände schütteln.

Quelle: Bundesamt für Gesundheit